

SPD demokratischer pressediens

P/XXV/154

19. August 1970

Der Friede ist keine Kapitulation

Das Wort eines Heimatvertriebenen zur
Ostpolitik

Von Ernst Paul, ehem. SPD-MdB
Geschäftsführender Vorsitzender der Seliger-
Gemeinde sudetendeutscher Sozialdemokraten

(Seite 1 - 2 / 65 Zeilen)

Als der Geldhahn zugedreht wurde

Die CDU-Agitation und die raue Wirklichkeit
(Seite 3 / 46 Zeilen)

Wiederauflassung der KPD?

Eine unfruchtbare Diskussion
(Seite 4 / 31 Zeilen)

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10
Postfach: 8153
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 37 - 88
Telefax: 886 848/886 8477
886 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Der Friede ist keine Kapitulation

Das Wort eines Heimatvertriebenen zur Ostpolitik

Von Ernst Paul, ehem. SPD-MdB

Geschäftsführender Vorsitzender der Seliger-Gemeinde
sudetendeutscher Sozialdemokraten

Der Friede ist eine ernste Sache; das sollte endlich begriffen werden. Kriege haben immer nur Unglück über Völker gebracht, und es sollte nicht nötig sein, Beispiele für diese Feststellung anzuführen. In Zukunft droht einem Teil der Menschheit schlicht die Vernichtung. Als im Jahre 1958 eine Delegation des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages in den USA war, erklärte uns der Vertreter der Atombehörde in Washington auf die Frage, ob sein Land mehr an Atomwaffen besitze als die Sowjetunion, daß dies noch der Fall sei: "Aber das ist nicht mehr entscheidend, denn wenn der eine so viel hat, um uns vernichten zu können, spielt es keine Rolle, daß wir so viel haben, um den anderen doppelt vernichten zu können." Der Name dieses Sprechers ist mir noch in Erinnerung, es war der aus Ungarn stammende Prof. Neumann, stellv. Leiter seines Amtes.

Weil diese Tatsache an zuständiger Stelle bekannt sind, werden Friedensbemühungen auf allen Seiten ernst genommen. Freilich, viel Schutt ist aus dem Weg zu räumen und viel Mißtrauen ist zu überwinden. Den Schutt haben verbrecherische Politiker hinterlassen, und weil dies auch das deutsche Volk weiß, wird es nicht gelingen, Hitler und seine Partei zu glorifizieren. Daß Mißtrauen nur in langer Zeit überwunden werden kann, ist am Beispiel der deutsch-französischen Beziehungen zu erkennen, die sich nach blütigen Kriegen erst allmählich in Freundschaft wandelte.

Immer gibt es in solchen Fragen unmittelbar Betroffene und Menschen, die etwas weiter weg vom Schuß liegen oder grös-

sere Möglichkeiten zum Ausweichen haben. Die Deutschen, die Europäer schlechthin, liegen in der ersten Linie. Sollte ein neuer Weltkrieg ausbrechen, bleibt im Atomzeitalter von uns nichts übrig. Da wird unsere alte Heimat, an der wir mit Liebe hängen und die heute - wie es genannt wird - so arg deformiert ist und uns so entfremdet wurde, völlig vernichtet. Das gleiche Schicksal hat aber auch die neue Heimat zu erwarten, dieses gerade von den Besuchern aus dem Osten so bewunderte Werk des Aufbaus, an dem die Vertriebenen einen erheblichen Anteil haben. Es ist also gerade von dieser Stelle das größte Interesse an der Bewahrung des Friedens vorhanden oder es sollte so sein.

Der Friede fällt heute nicht vom Himmel; er muß mühsam erungen werden. Dazu ist das langwierige und mühsame diplomatische Spiel nötig, das nicht nur guten Willen, sondern auch Können und Geduld erfordert. Auch innerpolitische Veränderungen sind bedeutsam. Je weniger im freien Teil Deutschlands vom alten Geist vorhanden ist, desto erfolgreicher werden Verhandlungen sein. Der Sozialdemokratie wird in der Welt leichter der Wille zum Frieden geglaubt als jenen Kräften, die aus den Fehlern der Vergangenheit nichts gelernt zu haben scheinen.

Zur Verteidigung des Friedens im Westen der Welt gehört das Bekenntnis zur Demokratie. Darum darf von der Demokratie nicht immer gefordert werden, es muß auch für sie etwas getan werden: im stillen persönlichen Einsatz und in der festen, öffentlichen Erklärung. Darum wird auch die Auseinandersetzung mit diktatorischen Ideologien nicht ausbleiben dürfen. Wer mit einem anderen Regime Vereinbarungen trifft, wird sich nicht dessen Ideologie unterwerfen. Um es ganz deutlich zu sagen: Wir dürfen nicht erwarten, daß die Moskauer Herren plötzlich Demokraten werden und diese dürfen nicht glauben, daß aus den Deutschen in der Bundesrepublik sich Kommunisten entwickeln.

Die nächste Zeit wird mit freien Diskussionen ausgefüllt sein, und da wollen wir dabei sein. Jenen, die es angeht, sei nur eines im voraus gesagt: Der Friede von heute ist keine Kapitulation. Diese Kapitulation erfolgte am Ende des Krieges durch Hitlers Verschwenden aus den von ihm erzeugten Chaos und durch die Unterschrift seiner Vollzugsorgane. Es wird nicht gelingen, diese Tatsachen hinwegzumogeln. + + +

Als der Geldhahn zuge dreht wurde

Die CDU-Agitation und die rauhe Wirklichkeit

Die von der CDU/CSU inszenierte und hochgeputzte Presseunruhe über die Streichung der Bundes- und Senatssubventionen für den Berliner "Tag der Heimat" hat erneut gezeigt, daß die beiden christdemokratischen Parteien jede Möglichkeit benutzen, um ihren Daueragitation gegen die sozialliberale Bundesregierung ständig neues Futter zuzuführen. So wird es die Öffentlichkeit zweifellos interessieren, daß ihr in Kürze eine detaillierte Übersicht etwa über die kleinen und großen Anfragen vorliegen wird, die insbesondere von den CSU-Abgeordneten am laufenden Band im Bundestag eingebracht werden und den Pferdefuß ihrer eindeutig auf die bayerischen Landtagswahlen vom 22. November gezielten Werbungsabsicht zu deutlich erkennen lassen.

Im Zusammenhang mit ihrer Agitation um den Berliner "Tag der Heimat" hat die CDU nun durch ihren Pressesprecher ihren "Schock" über die "Nonchalance" kundzutun lassen, mit der die Bundesregierung "den Geldhahn der ihr anvertrauten öffentlichen Mittel auf- und zudreht". Bei diesen Geldmitteln, die jetzt von Bund und Senat nicht mehr ausgezahlt werden, handelt es sich um einen Betrag von insgesamt 26.000 DM. Angesichts dieses Tatbestandes und des Geschreis, das die CDU darüber anstimmt, erinnert man sich in Bonn und anderswo an die "Nonchalance", mit der die christdemokratisch geführten Bundesregierungen nahezu 20 Jahre lang über Fonds, die über diese Zeit hinweg mit Hunderten von Millionen Steuergeldern gespeist worden sind, also aus ihr anvertrauten öffentlichen Mitteln, in nun wirklich schockierender Hemdärmeligkeit verfügt hat.

Da wurde Jahr für Jahr, fast 20 Jahre lang, der Geldhahn aufgedreht, um Institutionen, Kommissionen, Vereine, Klubs, Zeitungen, Zeitschriften, Korrespondenzen und natürlich auch Einzelpersonen mit Finanzmitteln zu versorgen, die alle insgesamt nichts anderes zu tun und im Sinne hatten, als die christdemokratischen Bundesregierungen im 24-Stunden-Service politisch, organisatorisch und publizistisch zu unterstützen, zu fördern und zu feiern. Die Akten, die darüber vorgefunden wurden, sind, um den CDU-Sprecher nochmals zu zitieren, tatsächlich "schockierend", wobei man freilich einkalkulieren muß, daß nicht alle Steuergelder-"Subventionen", die aus dem Regierungs-"Geldhahn" in die Taschen der Regierungstrumpeter geflossen sind, säuberlich verzeichnet worden sind.

Die sozialliberale Bundesregierung hat die allermeisten dieser "Geldhahn-Subventionen" inzwischen zuge dreht. Es gibt daher manche der früher so agilen und aktiven Organisationen, Klubs und Korrespondenzen nicht mehr. Mag sein, daß das die Betroffenen und ihre früheren Geld- und Auftraggeber schockiert hat. Aber darauf kam es ja wohl wirklich nicht an.

Wiederezulassung der KPD?

Eine unfruchtbare Diskussion

Was mag sich wohl der amtierende Präsident des Bundesrates, der CDU-Ministerpräsident des Saarlandes Dr. Franz Röder, dabei gedacht haben, als er in einem wohl beiläufig geführten Gespräch mit dem Vorsitzenden der saarländischen DKP, Heinz Merkel, für die Aufhebung des Verbotes der KPD plädierte? Verspricht er sich durch die Wiederezulassung der KPD eine Schwächung der Sozialdemokratie und Vorteile für seine Partei? Dann gibt er sich Wunschträumen hin.

Zur Sache selbst ist festzustellen, daß die SPD das im Jahre 1956 nach langen Verhandlungen durch das Karlsruher Bundesverfassungsgericht erfolgte Verbot der KPD für politisch nicht zweckmäßig und für überflüssig gehalten hatte. Man würde es einer Verfassungsänderung bedürfen, wenn man das Verbot wieder aufheben wollte. Dazu besteht aber kein Anlaß. Inzwischen hat sich seit zwei Jahren die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) etabliert, die sich frei und ungehemmt entfalten kann und sich in ihrer Zielsetzung überhaupt nicht von der alten KPD unterscheidet. Ihr Versuch, politisch wieder soliden Boden zu erreichen, ist gescheitert. In allen Landtagswahlen und auch bei der letzten Bundestagswahl fällten die Wähler ein für die DKP vernichtendes Urteil. Sie wiesen ihr die Rolle einer hoffnungslos verlorenen Minderkeit zu, der jede Ausstrahlungskraft fehlt. Dies ist das bleibende historische Verdienst der Sozialdemokratie, die es verstanden hat, die Masse des arbeitenden Volkes in Staat und Gesellschaft zu integrieren.

In der Weimarer Republik kam den Kommunisten nach einem berühmten Wort einer deutschnationalen Zeitung die Rolle des Pfahles im Fleische der Sozialdemokratie zu. Heute sind die Kommunisten in der Bundesrepublik ein kleiner Splitter, der niemandem wehtut. Sie haben hier die Zukunft hinter und die Wirklichkeit gegen sich.

Die durch Röders Bemerkung entstandene Diskussion um die Wiederezulassung der KPD führt zu nichts und ist wirklichkeitsfremd.